



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Von der preussischen Grenze.

Da durch die Osterferien die Behandlung der Tagesgeschäfte für den Augenblick in den Hintergrund getreten ist, lenken wir die Aufmerksamkeit auf die allgemeine Lage des preussischen Staats.

Die Kraft eines Staats beruht hauptsächlich auf zwei Momenten: auf den materiellen Mitteln, über die er zu verfügen hat, und auf der Elasticität, mit der er sich frei und entschieden bewegen, seine Action jedesmal auf den Punkt richten kann, auf welchen es ankommt. In beiden Beziehungen steht Preußen den übrigen Großmächten auf eine sehr bedenkliche Weise nach. An Volkszahl ist es nicht bloß viel unbedeutender als die übrigen vier europäischen Mächte, es bleibt darin sogar hinter dem neuen Königreich Italien zurück; und was seine Bewegung betrifft, so ist es nach allen Seiten hin so eingeschnürt, daß es ihm nicht bloß schwer fällt etwas zu thun, sondern auch nur Etwas zu wollen. Friedrich dem Großen gelang es, die Elasticität, die in der Natur der Dinge nicht gegeben war, durch einen gewaltigen Willen zu ersetzen: dies würde heute bei der völlig veränderten Lage Europas auch dann nicht ausreichen, wenn der große Friedrich wieder aus dem Grabe erweckt werden könnte. Wir wollen von der Mündigkeit des Volks nicht declamiren, so viel ist aber gewiß, daß sich in allen Ständen ein sehr starkes und deutliches Bewußtsein ihrer Interessen herausgestellt hat, und daß eine Regierung, die mit diesen Interessen nicht zu rechnen, sie nicht zu ihrem Zweck zu verwerthen versteht, sich selbst den Untergang bereitet. Der Despotismus in seiner alten willkürlichen Form hat sich überlebt; nur von demjenigen Despotismus kann noch die Rede sein, der sich auf die Nation selbst stützt und ihren Inhalt zu dem seinigen macht. Die Aufgabe einer jeden Regierung, und der preussischen in zehnfach höherem Maß, ist, den wahren Inhalt ihres Volks zu finden und ihn durch Verfassung und Verwaltung zu organisiren. Dadurch gewinnt die Regierung eine bei weitem vollkommnere Elasticität und Freiheit der Bewegung als durch einen künstlich angelegten Despotismus.

Die Freiheit der Bewegung Preußens wird zum Theil durch Umstände eingeschränkt, die nicht in seiner Macht liegen, gegen die es daher nur allmählig und indirect wirken kann; zugleich aber durch Lasten, die es sich leichtsinnig selbst aufgebürdet hat und die es schleunigst entfernen muß.

Zu den natürlichen Hemmnissen seiner Bewegung gehört in erster Linie der deutsche Bund, in zweiter der Zollverein. Unter der Nothwendigkeit des deutschen Föderativsystems leiden nicht alle Regierungen gleichmäßig. Oestreich leidet gar nicht darunter, denn es hat vom deutschen Bunde nur Nutzen, in

sofern es auf die Theilnahme desselben an seinen Hauskriegen rechnen kann. In seinem Gebiet ist es völlig souverain, da seine außerordentlich günstige geographische Lage es von den benachbarten Bundesländern völlig unabhängig macht. Am meisten leidet Preußen unter dem Verhältniß, weil seine Lage so zersplittert ist, daß es überall von dem guten Willen seiner Nachbarn abhängt: seiner Nachbarn, auf die es gesetzlich gar keinen Einfluß ausüben und die es dem Bundesgesetz gemäß doch auch nicht als Feinde behandeln kann. So bedürfen namentlich die Beziehungen zu Hannover keiner weiteren Illustration.

Mit dem bloßen Stichwort „Austritt aus dem deutschen Bunde“ ist es nicht gethan. Wenn Preußen seine östlichen und westlichen Provinzen aufheben, in die Tasche stecken, und damit nach irgend einer Insel auswandern könnte, so wäre das ganz gut; da es das aber nicht kann, so heißt Austritt aus dem deutschen Bunde ungefähr soviel, als Krieg gegen den deutschen Bund; und das ist unter den obwaltenden Umständen ein Gedanke, mit dem man wol spielen, den man aber nicht ernsthaft in Angriff nehmen kann.

Der gegenwärtige König hat die ganz richtige Form gefunden, in welcher das Verhältniß Preußens zum deutschen Bunde sich reguliren muß: Preußen muß in Deutschland moralische Eroberungen machen. Es verdient aber ernsthaftes Ueberlegung, wie man das zu thun hat.

Die Mißverhältnisse zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland beruhen nur zum Theil auf Umständen, die nicht geändert werden können. Unter diesen Umständen nimmt die Hauptstelle das Gefühl ein, das alle deutschen Regierungen beseelt, sie haben Preußen zu fürchten. Preußen ist durch seine geographische Lage gezwungen, eine Arrondirung zu wünschen, es bezahlt mehr Militär als seine Mittel erlauben, und muß daher zugleich den Wunsch hegen, sich von dieser Last dadurch zu befreien, daß es vermittelst des Militärs seine geographische Basis zweckmäßiger einrichtet.

Dies Gefühl liegt in der Natur der Sache und kann daher im Wesentlichen nicht geändert werden. Doch kann sehr viel geschehen, um unsere deutschen Mitbürger wenigstens einigermaßen damit zu versöhnen.

Aus diesem Gefühl entspringen nämlich eine Reihe von Vorurtheilen, von denen es gar nicht gleichgiltig ist, ob man sie fortwuchern läßt oder nicht. Weil Preußen ein „arroganter“ Staat ist, hat man das Vorurtheil, auch alle Preußen seien arrogant. Das Vorurtheil ist zu allgemein, um bloßes Vorurtheil zu sein. Es richtet sich zunächst gegen die Berliner, wobei denn die Sachsen, Baiern u. s. w. ganz vergessen, daß dieses Vorurtheil gegen Berlin in Preußen ebenso stark ist, als außerhalb Preußen. Berlin besitzt eine so große Menge geistiger und materieller Kräfte, daß es ein rasender Unsinn wäre, ein allgemeines Urtheil auszusprechen: daß aber im Durchschnitt der reisende Berliner jedem Nichtberliner lästig fällt, das ist eine Thatsache, gegen

die man sich nicht sträuben darf. Nach dieser Seite kann nun freilich die preußische Regierung nichts thun; wol aber muß sie einen anderen sehr ernsten Punkt in's Auge fassen.

Nirgend ist die Antipathie gegen Preußen so groß als im Militär. Zum Theil beruht sie auf dem oben erwähnten Vorurtheil, aber sie hat auch noch einen positiven Grund. Es ist sehr natürlich, daß sich das Bewußtsein der Schlachten von Roßbach, Leuthen und wie sie alle heißen, bei jedem Einzelnen geltend macht, der den Fahnen folgt, welche jene großen Tage gesehen haben, und daß auch da, wo keine Beleidigung beabsichtigt wird, ein stilles Gefühl der Superiorität sich unter der schwarz-weißen Cocarde regt. Dies Gefühl ist ein so wichtiges moralisches Moment, daß wir es um Alles in der Welt nicht verkümmern möchten; aber von Seiten der preußischen Militärbehörden sollte jedem Offizier sehr ernst eingeschärft werden, daß er die Pflicht hat, jeden deutschen Offizier von anderer Cocarde durch ein doppelt zuvorkommendes kameradschaftliches Verhältniß damit zu versöhnen. Es wird von Seiten der Militärbehörden zweckmäßig sein, daran zu erinnern, daß diese Superiorität factisch nicht mehr besteht, daß von der Reichsarmee des siebenjährigen Krieges nicht mehr die Rede sein kann, daß die sächsischen, bairischen Truppen u. s. w. eben so brav und tüchtig sind als die preußischen. Man halte diese Bemerkung ja nicht für unbedeutend: von solchen elenden Kleinigkeiten hängen zuweilen die größten Erfolge ab.

Nebenbei würden die preußischen Militärbehörden gut thun, ihren Untergebenen einzuschärfen, daß sie auch Staatsbürger sind. Wir wollen der Greißwalder Untersuchung nicht vorgreifen; soviel hat sich aber bereits herausgestellt, daß in dieser Beziehung außerordentlich viel zu wünschen bleibt. Und es wird von Seiten des gesammten Ministeriums dringend geboten, die Militärbehörden auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, damit nicht zuletzt unser Militär dem deutschen Militär und den preußischen Staatsbürgern so gegenübersteht wie 1806.

Mit jenem Vorurtheil, die Preußen für arrogant zu halten, verknüpft sich das zweite: sie seien arrogant ohne Grund. „Freilich gehört ihr einem größeren Staate an, pflegt man zu sagen; aber was habt ihr denn davon? Sind eure Einrichtungen zweckmäßiger? könnt ihr euch freier bewegen? achtet man euch in eurem eigenen Lande höher als wir von unsern Regierungen geachtet werden? Freilich seid ihr in einem größern Staat; aber das Jahr 1850 scheint doch gezeigt zu haben, daß ihr mitunter den Degen gegen uns nur zieht, um ihn wieder einzustecken; die folgenden acht Jahre haben gezeigt, daß man euch, wenn nicht mehr, doch ebensoviel bieten kann als uns; und was die Gegenwart betrifft, so wollen wir doch erst abwarten, was kommen soll.

Mit einem Wort: Preußen wird nur dann moralische Eroberungen

nichts ohne den Geist, der sie belebt. Preußen kann nur dadurch Fortschritte machen, daß es sich an die Spitze der nationalen und liberalen Ideen stellt, die jetzt die bewegende Macht Europas sind.

Man sehe sich in Europa um! Der Mann, der das schärfste Gefühl für das hat, was die Zeit erfordert, ruft, nicht aus Sympathie, sondern um auf der Höhe der Bewegung zu bleiben, diese Mächte ohne äußern Zwang in seinem eigenen Staat ins Leben: er kann es, weil sich wirklich herausstellt, daß seine Politik ungefähr in der Weise Frankreich vertritt, wie in der Mechanik die Diagonale das Parallelogramm der Kräfte; weil sich ferner herausstellt, daß er diese Politik früher erfaßt hat als das Volk selbst; daß er also wirklich an der Spitze steht. Wenn Preußen die liberale und nationale Idee nicht für sich ausbeutet, so wird es sie sich als Gegner gegenüber sehen. Man möge die polnische Bewegung nicht unterschätzen; an sich betrachtet würde sie machtlos sein, sie gibt aber den Feinden Preußens eine gefährliche Waffe in die Hand: Frankreich oder auch — Rußland — es sind schon wunderbarere Dinge in der Welt geschehen! Man erwäge doch unsre Lage gegen Dänemark: ist es nicht bitter, wenn der dänische Commissar bedauert, den Holsteinern die Freiheit im gewünschten Maß nicht geben zu können, weil sie sich mit den Bundesgesetzen nicht vertrage? Bitter, weil ein starkes Korn Wahrheit darin ist. Vor Allem aber richte man seine Aufmerksamkeit auf Oestreich.

Was hier eigentlich vorgeht, ist wohl Niemandem vollständig klar, vielleicht am wenigsten den Oestreichern selbst. In den Wahlreden hören wir wieder die alten Phrasen von 1848 und zwar diesseit und jenseit der Leitha. Die Regierung könnte den besten Willen von der Welt haben und würde doch nicht alle Parteien befriedigen. Es ist ein furchtbar gefährliches Experiment, ein Experiment, bei dem der Staat seinen Untergang finden kann.

Aber es ist auch möglich, daß er ihm seine Wiedergeburt verdankt. Bisher hat sich die Regierung sehr geschickt benommen. Welches Entsetzen muß es in Preußen erregen, wenn die östreichischen Minister für Berger stimmen, den Führer der äußersten Linken in der Paulskirche! Sie stimmen für ihn, weil er ein guter Oestreicher ist; radical oder nicht, das ist Nebensache! Die Regierung ging von der Nothwendigkeit aus, Ungarn zu gewinnen, sie basirte ihren Plan wesentlich auf das Föderativsystem. Wie zu erwarten, wurden die Ungarn in ihren Anforderungen unmäßig, aber schon ist es gelungen, sie in eine Lage zu bringen, daß sie mit ihren weiteren Schritten sehr behutsam sein müssen. Es ist wider Erwarten gelungen, die Südslaven im östreichischen Sinn zu organisiren; es gelingt jetzt, die deutschen Provinzen für die Idee Oestreichs zu elektrisiren. Vor einem Jahr hätte man ein solches Resultat für unmöglich gehalten: bei der Mehrzahl der Bevölkerung war Oest-

reich geradezu aufgegeben. Ja es stellt sich schon jetzt heraus, daß die deutsch-österreichische Vertretung ein Centrum für die großdeutsche Partei hergeben wird.

Das ist immer ein Erfolg, und wenn man in Bezug auf die nächste Zukunft noch völlig im Dunkeln tappt, so muß sich die preußische Regierung doch sagen, daß Oesterreichs Lage sich seit einem halben Jahr wesentlich geändert hat. (Dem Leser, der sich genauer unterrichten will, empfehlen wir die Broschüre: Oesterreichs Desorganisation und Reorganisation; sie ist weiterschweifig und schwülstig geschrieben, enthält aber bedeutende Details.) Die preußische Regierung muß sich sagen, daß die liberalen und nationalen Ideen, gegenwärtig die mächtigsten Hebel in Europa, Waffen sind, die nicht ihr allein zu Gebote stehen; daß sie auch gegen sie gewandt werden können. So sehr alle Voraussetzungen darauf hinweisen, daß ihnen Preußen einst seine Größe verdanken wird, muß dennoch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß auch über Preußen, wenn es seinen Beruf fortwährend verkennet, die Geschichte einst zur Tagesordnung übergeht.

Der Ultramontanismus.

Wenn man den Kaiser Napoleon wegen der zweideutigen Politik tadelt, die er in den römischen Angelegenheiten verfolgt, so muß man bedenken, daß es sich hier um eine der verwickeltesten Fragen handelt, die Europa je in Bewegung gesetzt haben, ja vielleicht um die folgenschwerste Entscheidung der neueren Geschichte. Wie tief aber auch das Dunkel sein möge, welches die Zukunft Rom's verhüllt, so viel leuchtet ein, daß die römische Hierarchie einer wesentlichen Veränderung entgegengeht. Selbst wenn das neue Königreich Italien in der nächsten Zeit seine natürliche Hauptstadt noch nicht gewinnen sollte, so bildet es doch vermöge seiner liberalen Einrichtungen einen Wall um den Kirchenstaat, der ihn von seinen Anhängern dießseit der Berge isolirt. Da wir Deutsche zu der Entscheidung der Frage wenig beitragen können, so haben wir die Pflicht, von unserm Standpunkt aus, vom Standpunkt des Staats und der bürgerlichen Gesellschaft, unser Verhältniß zur römischen Kirche zu untersuchen.

Unter den vielen politischen Stichwörtern des Tages, die alle mehr oder